

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Anregungen oder Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Bürgerbegehren nach § 17a Gemeindeordnung -
Kindertagesstätte am Kastanienweg**
[Vorlage: 0760/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Nach § 17a GemO erhält die Sprecherin des Bürgerbegehrens, Frau Kessler, die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen der Anhörung durch den Stadtrat. Sie bedankt sich zunächst für den Rückhalt in der Bevölkerung, den sie erfahren hat. So konnten 80 Unterschriften nachgereicht werden. Angesichts der aktuellen Geschehnisse im Norden von Rheinland-Pfalz stellt sie einen Zusammenhang in Sachen Klimaschutz her, der auch für den Kastanienweg gelte. Ein zugesagtes Naturschutzgutachten der Stadt zum Vorhandensein von Erdbienen auf dem Gelände liege immer noch nicht vor. Zudem wird moniert, dass den Kindern ein kleineres Außengelände im Kastanienweg zur Verfügung stehen würde. Kritisiert wird, dass es sich um eine Wohnstraße handelt, die für das zu erwartende Verkehrschaos, die Parkplatzsuche und die damit einhergehenden Abgase nicht ausgelegt sei.

In einem Bau am alten Standort und einer möglichen Containerunterbringung in der Bauphase sieht Frau Kessler auch einen Lernerfolg für die Kinder, dass Neubauten eben nicht so einfach entstehen. Die Zeiten der unbeschränkten Machbarkeit sind aus Sicht der BI vorbei, Nachhaltigkeit gehe vor schnelle Lösungen. Seitens der Stadt habe es bisher keinen Versuch eines Kompromissvorschlags gegeben. Durch einen Verkauf des Geländes Ginsterweg an die GEWO will die Stadt offenbar Gewinne erzielen. Verurteilt wird das rechtswidrige Sammlungsverbot von Unterschriften durch die Stadt. In der Vergangenheit habe es bereits Beispiele von Beschlussrücknahmen gegeben, z.B. zum Adenauerpark oder einer Pferdekoppel. Die BI sieht die Glaubwürdigkeit der Stadt erschüttert, indem dieser Beschluss auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden soll. Dass nur 30 Unterschriften fehlen, mindert den Wert nach ihrer Ansicht nicht. Infolge der Corona-Beschränkungen sollte eine Senkung der notwendigen Unterschriften möglich sein. Außerdem habe man eine Nachprüfung der Unterschriftenprüfung der Verwaltung beantragt, um sich selbst ein Bild über deren Stichhaltigkeit machen zu können. Rechtliche Schritte werde man ungern einschlagen, man sei aber bereit dazu, sollte es notwendig werden.

Die Vorsitzende verwahrt sich gegen den Vorwurf, ein Sammlungsverbot ausgesprochen zu haben; sie verweist auf die damals geltende Corona-Verordnung des Landes, die für alle gültig war. Insoweit sei dieser Vorwurf vollkommen indiskutabel. Die Fraktionen des Stadtrates hätten die Möglichkeit einer Initiative auf politischer Ebene nicht aufgegriffen. Frau Dittus (Fachbereichsleitung Zentrale Dienste) ergänzt, zur Debatte steht heute lediglich die rein rechtliche Entscheidung über die formale Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Mögliche politische Folgerungen daraus stehen auf einem anderen Blatt.

Die Vorsitzende erklärt, man habe die Unterschriften und einige Äußerungen von Ratsmitgliedern in der Presse dazu, nicht nur zur Kenntnis genommen. Sie verweist auf die Entscheidungen der Fachausschüsse dazu. Eine Stärkung der Ausschüsse in der Fraktionsarbeit erscheint zweckmäßig.

Sie schlägt vor, nach der Sommerpause alle Beteiligten zu einem runden Tisch einzuladen. Dort soll nochmals erörtert werden, welche Standortprüfungen und welche Alternativen vorlagen. Nach der formalen Beschlussfassung heute, sollte man den ursprünglichen Ratsbeschluss aussetzen, um einen Rechtsstreit zu vermeiden und eine Lösung zu finden, damit die Kinder an der neuen KiTa willkommen sind.

Herr Ableiter bedankt sich überschwänglich für diese großartige Initiative gegen den überhasteten Beschluss, der auch wegen des drohenden Verlustes von Fördermitteln gefasst wurde, gegen den Willen der BGS. Er spricht von einer extrem schwierigen Situation für eine Unterschriftensammlung. Der Bund hat das Quorum von Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl auf ein Viertel gesenkt, ebenso das Land für die Landtagswahl. Unter dem Eindruck der Verhältnismäßigkeit muss dies auch bei Bürgerbegehren berücksichtigt werden. Fachbereichsleitung 1 und Vorsitzende widersprechen. Es gibt in diesem Fall KEINEN Ermessensrahmen, nachdem der Landesgesetzgeber die Vorschriften der Gemeindeordnung NICHT geändert hat.

Frau Heller bezeichnet den Verfahrensvorschlag der Vorsitzenden als sehr vernünftig. Sie hofft auf einen guten Kompromiss mit allen Beteiligten, um den dringend notwendigen KiTa-Neubau nicht weiter zu verzögern. Die Grünen stehen natürlich für Grünschutz, wünschen sich aber auch eine Lösung, dass die KiTa-Kinder nicht unter den Baumaßnahmen leiden müssen. Deshalb wird man sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Feiniler weist auf das hin, was in der Presse bereits geäußert wurde und stimmt dem neuen Verfahrensvorschlag zu. Bei allem Verständnis kann die Entscheidung über das Begehren selbst nicht nach Gutdünken erfolgen; die gesetzlichen Vorgaben wurden nicht erreicht. Die SPD will sich gerne mit allen Beteiligten zusammensetzen, auch dem Elternausschuss der KiTa Regenbogen, der bisher nicht gehört wurde. Es gilt, eine gute Lösung für die Kinder zu finden, evtl. auch an einem anderen Standort. Den Kritikern hält er vor, dass auch am Ginsterweg Bäume fallen müssen. Die Vorsitzende ergänzt, man könne dort die Widmung als Wald nicht so einfach zurücknehmen, um bauen zu können. Sie ruft Privateigentümer dazu auf, bereits versiegelte Flächen anderswo in dem Gebiet an die Stadt zu melden und zu verkaufen.

Auch Herr Popescu spricht von einer Entscheidung unter Zeitdruck. Es wäre besser gewesen, den Beschluss zu splitten in Neubau und Standortentscheidung. Er wirft für die Linke die Frage auf, warum entschieden werden muss, wenn das Quorum nicht zustande gekommen ist. Man werde nicht gegen die BI entscheiden. Einen runden Tisch etc. hätte man alles schon viel früher haben können.

Nach dem neuen Verfahrensvorschlag kann die FDP durch Herrn Oehlmann die Beschlussempfehlung mitgehen. Man habe schon damals nicht mit der Mehrheit gestimmt, weil die Alternativlosigkeit des Standortes bis heute nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte.

Herr Dr. Wilke hat nach dem Vortrag der BI-Sprecherin Verständnis für die Frustration. Heute habe man aber keinen Spielraum für eine anderslautende Entscheidung. Der Verfahrensvorschlag der Vorsitzenden sei sehr zu begrüßen. Die CDU erinnert daran, dabei auch den „Nordpol“ und seine wichtige Arbeit mit guten Räumen zu berücksichtigen. Zudem möchte er die Ökologische Bedeutung des Kastanienweges als Frischluftschneise näher beleuchtet haben. Er wirft die Frage auf, ob die Vorsitzende noch zu diesem Projekt und diesem Standort steht. Die Verantwortung liegt aus seiner Sicht ganz klar bei der Bauverwaltung.

Die Vorsitzende erwidert, sie und die Verwaltung stehen nach wie vor zu dem Vorhaben, weshalb die Angelegenheit im Januar auch nochmals im ASBK beraten und mehrheitlich bestätigt wurde. Sie möchte das Bürgerbegehren nicht unter den Tisch fallen lassen. Der Rat habe jederzeit die Möglichkeit, seine Beschlüsse zu überdenken und über einen Änderungsantrag selbst zu revidieren.

Auch Frau Dr. Mang-Schäfer dankt für das Engagement. Dass es rechtlich ist, wie es ist, tut dem Engagement selbst keinen Abbruch. Sie hofft auf ein gutes Ergebnis aus dem Verfahrensvorschlag der Vorsitzenden mit einem möglichst breiten Teilnehmerkreis. Persönlich steht sie immer noch hinter dem Vorschlag der Verwaltung. Sie schlägt eine

Beratung im ÄR vor, ob und wie solche Entscheidungen nicht anders bzw. besser vorbereitet werden könnten.

Die Vorsitzende fasst zusammen: Auf Vorschlag der Verwaltung wird der Ratsbeschluss vom Dezember ausgesetzt. Nach der Sommerpause wird ein runder Tisch mit allen beteiligten Akteuren einberufen. Hinsichtlich des Bürgerbegehrens erfolgt eine formale Beschlussfassung entsprechend der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat weist das Bürgerbegehren „Für unsere Kinder – Für unsere Umwelt – Für politische Transparenz“ nach § 17 a Absatz 4 Satz 2 Gemeindeordnung (GemO) mit 26 Stimmen (bei 11 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen) mehrheitlich als unzulässig zurück, nachdem das Bürgerbegehren die formalen Voraussetzungen nach § 17a Absatz 3 Satz 3 GemO nicht erfüllt.

**Gegenstand: Umgestaltung des Heinrich-Lang-Platzes;
Anfrage der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und SWG vom 17.06.2021
[Vorlage: 0751/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Durch Frau Keller-Mehlem wird mündliche Beantwortung erbeten. Auch diesem Punkt liegt bürgerschaftliches Engagement zu Grunde. Hinsichtlich der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung stellt sich die Frage, wann es losgeht. Der Bund hat seine Förderrichtlinien verändert. Vielleicht bestehen nach den neuen Bestimmungen Chancen, unter dem Aspekt „Wachstum und Erneuerung“ Fördermittel zu erhalten.

Die Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1) Wie sieht der Sachstandsbericht zu den aktuellen Planungen aus?

Im Zusammenhang mit der damaligen Planung ergab sich, dass im Bereich Nussbaumweg/ Birkenweg umfangreiche Kanalarbeiten erfolgen müssen, die in diesem Abschnitt zu einem Vollausbau der Straßen führen. Der Arbeitsbereich ist sehr eng, Flächen für Baustelle und Verkehr sind vorzuhalten. Die Planung ist detail- und umfangreich abzustimmen. Die Arbeitsabfolge kann daher nur sein: Kanal-Straße-Platz
Grundsätzlich sind die genannten Planungsziele auch in der Entwurfsplanung mitberücksichtigt, die für den Platz in der 25. Sitzung des damaligen Bau- und Planungsausschusses am 07. August 2018 vorgestellt wurde ([Vorlage 2594/2018](#))

zu Frage 2) Wann erfolgt der Baubeginn?

Seitens der EBS wird derzeit die Entwässerungsplanung für die Gebiete westlich und östlich der Spaldirger Straße durchgeführt. Dabei kommen zwei Varianten in Betracht. Die Entscheidungsfindung soll bis Ende 2021 abgeschlossen sein. Eine Kanalvergrößerung im Birkenweg ist bei beiden Varianten vorgesehen. Erste Kanalarbeiten sollen dann 2022/23 umgesetzt werden.

zu Frage 3) Welche konkreten Umsetzungsschritte liegen in welchem Zeitfenster

Ein belastbarer Zeitrahmen ist derzeit nicht zu nennen, da dieser von nicht beeinflussbaren Faktoren, wie Verfügbarkeit von Baufirmen, Material, Witterung etc. abhängig ist.

4) Fördermöglichkeiten

Einzelmaßnahmen werden in den derzeitigen Förderprogrammen nur im Zusammenhang mit einem Gebietsumgriff als Gesamtmaßnahme gefördert. Bekanntermaßen ist die Stadt derzeit mit der Machbarkeitsstudie für eine Landesgartenschau 2026 beschäftigt. In diesem Zusammenhang werden Chancen auch für eine Förderung des Heinrich-Lang-Platzes gesehen. Derzeit ist ja auch noch der Antrag der SPD-Fraktion offen, sich für eine zweite Förderrunde „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ (früher „Soziale Stadt“) zu bewerben. Dies wurde von der ADD in einem mündlichen Gespräch auch als durchaus möglich angesehen. Die Stadt will sich aber zunächst auf die Machbarkeitsstudie Landesgartenschau fokussieren.

**Gegenstand: Aufwertung des Fischmarkts;
Prüfantrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und SWG vom 17.06.2021
[Vorlage: 0752/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Hoffmann sieht großes Potenzial für einen der schönsten Plätze der Stadt. Eine solche Aufwertung soll vor allem auch den Anwohnerinnen und Anwohnern zu Gute kommen und ist seit 5 Jahren Thema. Neue Sitzmöglichkeiten wurden kürzlich erst geschaffen. Gedacht wird dabei an kurz- und langfristige Maßnahmen. Auch die Grünpflege sei verbesserungswürdig. Er hofft auch auf eine wirtschaftliche Belebung, z.B. durch Marktstände. Dabei sind aus Sicht der CDU auch kreative Ideen der städtischen Wirtschaftsförderung gefragt.

Die SPD begrüßt den Antrag durch Herrn Gottwald sehr, entspricht er doch dem, was die SPD mit der Anwohnerschaft besprochen hat. Dabei geht es gar nicht um großen Überplanungsaufwand, sondern um Sitzflächen, Blumenkübel und ggf. weitere Begrünungsflächen.

Vom Inhalt her ist der Antrag für Herrn Oehlmann vollkommen in Ordnung. Er verweist auf die aktuelle Begehung vom Wochenende. Die FDP stört sich aber daran, dass man in Klein-Klein-Maßnahmen denkt, anstelle mit dem Innenstadtverbund ein Gesamtpaket zu schnüren. Einem Prüfantrag würde man daher nicht zustimmen, sondern ihn beim Innenstadtverbund aufgreifen.

Herr Popescu dagegen schlägt vor, dem Antrag zuzustimmen und das Innenstadtverbund dazu zu ziehen. Klimaschutz sollte nach Ansicht der Linken eine wichtige Rolle spielen.

Aus der Sicht von Frau Dr. Mang-Schäfer wurde das meiste bereits gesagt. Die SWG regt an, bei den Terminen die Uhrzeit an inhabergeführte Geschäfte anzupassen, weil diese wichtige Player sind. Auch die städtische Wirtschaftsförderung sollte Ideen einbringen. Laut Vorsitzender war der Einzelhandel am Wochenende mit vertreten.

Herrn Ableiter gefällt der Platz schon jetzt. Die BGS hat aber nichts gegen eine weitergehende Betrachtung. Er erinnert an die (gute) Bürgerbeteiligung in Speyer-Nord – und danach passiert auf Jahre nichts. Lieber kleine Maßnahmen umsetzen als die großen Geräte, die nicht realisiert werden.

Die Vorsitzende sieht in der Diskussion die Vorgehensweise der Verwaltung bestätigt, die eine schrittweise Optimierung verfolgt. Abgesehen von der Umgestaltung des Postplatzes muss es dabei nicht immer um große, millionenschwere Planungen gehen sondern um einzelne Optimierungsschritte.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen kurz- und langfristigen Maßnahmen unter Einbeziehung der Wirtschaftsförderung und der Grünflächenpflege der Fischmarkt aufgewertet werden kann, um die Aufenthaltsqualität deutlich zu erhöhen, damit sie den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner der Altstadt, der städtebaulichen Lage des Fischmarkts und der touristischen Bedeutung entspricht. Dabei sollten auch die Anlieger um ihre Meinung befragt werden.

**Gegenstand: Rettungswache Speyer;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 04.07.2021
Vorlage: 0769/2021**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Durch Herrn Rottmann wird mündliche Beantwortung erbeten. Das Thema beschäftigt den Rat beinahe seit Jahrzehnten. Nachdem endlich eine Standortentscheidung gefallen ist und eine Änderung der Finanzierungsgrundlagen beschlossen wurde, möchte die CDU-Fraktion gerne wissen, wie sich der aktuelle Sachstand darstellt.

Die Beantwortung erfolgt durch die Vorsitzende

- zu Frage 1) *Wie ist der aktuelle Sachstand zur Errichtung der neuen Rettungswache?***
zu Frage 2) *Wurde bereits ein Bauantrag gestellt? Falls ja, wie ist der Bearbeitungsstand?*

Die Baugenehmigung wurde ohne Baufreigabe im Oktober 2020 erteilt. Im Mai 2021 wurde durch die Rettungsdienstbehörde der förderungsunschädliche vorzeitige Maßnahmenbeginn bewilligt. Aktuell findet die baufachliche Prüfung der zuwendungsfähigen Kosten durch die Stadt Speyer (als Standortkommune federführend für die Kommunen im Rettungsdienstbereich) statt. Nach Abstimmung und Anerkennung durch alle Kommunen im Rettungsdienstbereich erfolgt die endgültige Bewilligung. Verantwortliche Stelle für die verfahrensmäßige Abwicklung ist die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis als Rettungsdienstbehörde.

Das DRK als Bauträger ist durch die Rettungsdienstbehörde über den jeweiligen Verfahrensstand informiert.

- zu Frage 3) *Ist es noch zutreffend, dass der Finanzierungsanteil der Stadt Speyer bei 8,23 % liegt?***

Der Anteil der Stadt liegt nach wie vor bei 8.23 %
Die Kommunen im Rettungsdienstbereich Ludwigshafen haben eine Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der gemeinsamen Verantwortung zur Finanzierung von Rettungswachen im Rettungsdienstbereich Ludwigshafen aufgesetzt. Verantwortliche Stelle zur Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung ist die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis.

- zu Frage 4) *Ende 2019 ging die Stadt von Gesamtkosten von rund 2,8 Mio. € aus. Gibt es hierzu mittlerweile aktuellere Zahlen?***

Nach einer Kostenschätzung vom Nov. 2020 belaufen sich die Gesamtkosten auf 3,3 Mio €.

Herr Rottmann möchte ergänzend wissen, ob die genannte Verwaltungsvereinbarung mit dem Protokoll verfügbar gemacht wird und bis wann mit einem Baubeginn zu rechnen ist. Nach Aussage der Vorsitzenden ist das schwer zu sagen, weil alle anderen beteiligten Behörden die zuwendungsfähigen Kosten noch mitprüfen müssen. Sie hofft auf einen Abschluss bis Ende dieses Jahres. Die Vereinbarung wird im Ratsinformationssystem zum Tagesordnungspunkt eingestellt.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Medienwerkstatt;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.07.2021
[Vorlage: 0770/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Heller sieht die Anfrage durch die [bereits vorliegenden Schreiben](#) der Medienanstalt als ausreichend beantwortet. Diese werden dem Protokoll beigelegt. Die Grünen bitten darum, über den weiteren Fortgang nochmals im Ausschuss für Digitalisierung zu sprechen. Dies wird von Frau Beigeordneter Selg gerne zugesagt.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

**Gegenstand: Jahresbericht - Beirat für Migration und Integration;
mündlicher Bericht**

Die Vorsitzende des Beirates, Ratsmitglied Nadja Hattab, gibt einen Überblick über die Tätigkeiten und Aktionen des Beirates im vergangenen Jahr sowie einen Ausblick auf die Interkulturelle Woche 2021 unter dem Motto *#offen geht*.

Ein [Manuskript des Berichtes](#) und die zugehörige [Präsentation](#) sind dieser Niederschrift beigelegt.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Förderung von Beratungsstellen und ambulanten Diensten;
Erhöhung der Regelförderung für Fachkräfte ab 2021 in der Caritas-
Suchtberatungsstelle, Ludwigstraße 13a, 67346 Speyer
[Vorlage: 0761/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Sozialausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Förderanteil der Stadt Speyer zu den Fachpersonalkosten der Caritas-Suchtberatungsstelle Speyer wird analog der geänderten Landesförderung ab dem Jahr 2021 von 25 % auf bis zu 32 % angehoben.

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Stadtwerke Speyer GmbH und Ergebnisverwendung
Vorlage: 0767/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung: Haupt – AfD):

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Stadtwerke Speyer GmbH

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH wird der Jahresabschluss 2020 der Stadtwerke Speyer GmbH in der vorliegenden Fassung festgestellt:

	EURO
Die Bilanzsumme beträgt	98.795.093,74
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von	2.860.919,84

Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Stromversorgung	+ 2.494.641,51
Gasversorgung	+ 1.899.887,98
Wasserversorgung	+ 571.567,86
Fernwärmeversorgung	+ 208.794,03
Telekommunikation	./ 372.744,19
Gewinn vor Ergebnis des Kombibades und Beteiligung	<u>+ 4.802.147,19</u>
Verlust des Kombibades bademaxx	./ 2.079.060,11
Gewinn der Verkehrsbetriebe GmbH	+ 137.832,76
Jahresüberschuss	<u>+ 2.860.919,84</u>

Fortschreibung zum Bilanzgewinn:

Bilanzgewinn zum 31.12.2019	3.151.085,70
Gewinnausschüttung für das Jahr 2019	2.000.000,00
Einstellung in die Gewinnrücklagen	1.151.085,70
Bilanzgewinn zum 31.12.2020	<u><u>2.860.919,84</u></u>

2. Verwendung des Jahresergebnisses 2020 der Stadtwerke Speyer GmbH

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH schlägt der Stadtrat der Gesellschafterversammlung vor, aus dem Bilanzgewinn 2020 in Höhe von

2.860.919,84 Euro

einen Betrag in Höhe von 1.500.000,00 Euro an den Gesellschafter auszuschütten, und den verbleibenden Gewinn in Höhe von 1.360.919,84 Euro in die Gewinnrücklage des Unternehmens einzustellen.

Mit der Zuführung des verbleibenden Betrages zu den Gewinnrücklagen wird das Eigenkapital der Stadtwerke Speyer GmbH verstärkt. Dies ist vor allem zur Erhaltung, der Ausstattung der Gesellschaft mit Eigenkapital und wegen der Unwägbarkeiten künftiger Ergebnisentwicklung, vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der Entwicklung des Energiebezugsmarktes, des erwarteten Rückganges abgegebener Energie, des Verlustes des Sport-Kombibades und der zu erwartenden weiteren Restriktionen der Anreizregulierung erforderlich.

Weitere Investitionen zur Umsetzung der Klimaschutz- und Energieleitlinie zur Versorgung der Stadt Speyer mit Energie aus regenerativen Quellen, sowie der Glasfaserausbau erfordern die Erhaltung der Eigenkapitalausstattung im Verhältnis zum gebundenen Vermögen der Stadtwerke.

Das Bemühen der Stadtwerke um Synergieeffekte durch den Erwerb weiterer Wegenutzungsrechte und Netzgebiete in den Umlandgemeinden sowie die Entwicklung neuer Geschäftsfelder im Bereich der digitalen Infrastruktur führt ebenfalls zum Eigenkapitalbedarf.

Gegenstand: Stadtbau – Neugestaltung Mühlturnpark
Vorlage: 0744/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Jaberg erinnert an die Beratung im Ausschuss. Bündnis 90/Die Grünen stellen einen Änderungsantrag zum Wegebelag wegen der Klimaerwärmung. Bisher wird da eine Steinwüste geplant. Beantragt wird die Auswahl einer wassergebundenen Oberfläche wie im Woogbachtal. Die Maßnahmen werden ansonsten mitgetragen.

Frau Dr. Mang-Schäfer unterstützt seitens der SWG den Vorschlag bei der extrem hohen Förderquote, sieht die großflächige Versiegelung im Zentrum des Parks (400 m²) aber kritisch. Hinsichtlich des Gradierwerks sind ihr große Probleme in Neustadt mit Algen bekannt. Außerdem hat sie Bedenken wegen der Holzkonstruktion. Sie erinnert daran, dass eine Holzfigur im bisherigen Park abgebrannt wurde.

Herr Ableiter attestiert bedenkenswerte Beiträge, insbesondere was die Probleme mit dem Gradierwerk angeht. Wegen Algen und Fäulnis ist auch er skeptisch. Er fordert eine Verkleinerung der gepflasterten Fläche, stellt aber fest, dass eine Fläche nicht wirklich grüner wird durch einen oberflächengebundenen Belag. Er hat selbst sehr schlechte Erfahrungen aus der Uni wegen der Steinchen, die die Pflege erschweren und in umliegende Einrichtungen getragen werden.

Herr Schneider hat eine Verständnisfrage zu den Gesamtkosten für die Pflege: 12.800 € jährlich, warum wird von einer Reduzierung der Kosten nur im Text gesprochen?

Herr Schwendy (Abt. 550) erläutert, der Park war bisher eher im Dornröschenschlaf und wurde nur gemäht. Mit den neuen Maßnahmen werden größere Aufwendungen notwendig. Die Summe wurde nicht gleich abgezogen, um die Kosten transparent darzustellen. Im Gradierwerk wird Sole durchgelassen, die Holz schützt und Algenbildung bei einer permanenten Umwälzung vermeidet. Er werde allerdings nochmals in NW nachfragen. Vandalismus sei natürlich immer möglich. Die Pflasterung soll wie auf der Alla-Hopp-Anlage mit breitem Fugenmaterial erfolgen, ein harter aber ebener Belag für Rolli und Kinderwagen, der Wasserversickerung zulässt. Es handelt sich um einen Durchgangsweg, der auch bei schlechter Witterung genutzt wird. Allerdings wäre ein weicher Nebenweg denkbar.

Herr Czerny unterstützt das Vorhaben grundsätzlich, fordert aber, den Antrag von Fraktionskollegen Jaberg aufzugreifen. Er verweist auf einen aktuellen Bürgerworkshop der Verwaltung, der sich mit „Versickern statt Versiegeln“ beschäftigt hat. Pflaster heizt sich in der Sonne stark auf. Der Park sollte extensiv bepflanzt werden.

Herr Lehr bezeichnet die Aufwertung für die Linke als wichtig und schön. Er persönlich unterstützt den Vorschlag der Verwaltung wegen des Marthaheims und seiner Bewohnerinnen und Bewohner nebenan.

Auch die AfD begrüßt durch Frau Höchst den Vorschlag, insbesondere das Gradierwerk. Sie verweist auf Erfahrungen aus ihrem Wahlkreis Bad Kreuznach. Eine solche Einrichtung hat sehr positive Auswirkung für Menschen mit Asthma und Hautproblemen; deshalb unbedingt bauen.

Herr Jaberg wirbt nochmals für einen anderen Wegebelag, der Parkcharakter spricht gegen Pflaster.

Herr Ableiter widerspricht, eine offenporige Pflasterung sei keine Versiegelung, weil Versickerung möglich ist. Eine wassergebundene Decke hingegen ist bei Winterdienst und Herbstlaubentfernung nicht sonderlich geeignet.

Frau Keller-Mehlem erinnert daran, auch den Aspekt des angrenzenden Seniorenheims zu berücksichtigen.

Herr Schwendy stellt Anpassungen der Pflasterfläche an der Sonnenuhr in Aussicht, die man verkleinern könnte. Er rät aber dringend von einer wassergebundenen Wegedecke ab. Das Marthaheim wird bei der Auswahl miteinbezogen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der vorgeschlagenen Umgestaltung des Mühlturnparkes wird zugestimmt.

Gegenstand: Stadtbau Kernstadt Nord, Gestalterische und funktionale Aufwertung des Bahnhofumfeldes
hier: Information zur Planungsdiskussion und den Abstimmungen mit der DB sowie Festlegung der weiteren Vorgehensweise
[Vorlage: 0745/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Beratung im Ausschuss.

Herr Ableiter freut sich sehr, dass für dieses Anliegen eine Lösung gefunden wurde. Die Haltung der Bahn sei leider weniger erfreulich. Er verweist auf die positive Entwicklung der Zustiegszahlen, weshalb mit der Bahn nochmals in Verhandlungen getreten werden sollte. Die Vorsitzende erläutert, dies wurde bereits versucht. Der Vorschlag jetzt sei das Größtmögliche, was erreichbar war.

Herr Dr. Wilke bezeichnet das Ergebnis als ziemlich großen Wurf verglichen mit dem, was in den letzten Jahren mit der Bahn zu erleben war. Damit kommt auch die Diskussion um den Adenauerpark und behindertengerechte Toiletten zu einem Abschluss. Begrüßt werde auch der südliche Zugang zu den Bahnsteigen. Der Bahnhof ist immer auch eine Eintrittskarte der Stadt.

Frau Dr. Mang-Schäfer beglückwünscht zum Erfolg nach langwierigen Verhandlungen. Sie spricht die Gestaltungspflege an und schlägt einen studentischen Wettbewerb für den Info-Point vor, der leider nicht intuitiv liege, da sich Besucherinnen und Besucher in die andere Richtung zur Innenstadt bewegen.

Aus Sicht von Herrn Jaberg werden hier endlich Dinge abgeschlossen, die seit Langem einer Lösung harren. Er mahnt allerdings dazu, die Verkehrsgestaltung bei einer möglichen LAGA im Blick zu behalten. Die Radwegführung ist aus seiner Sicht zu gefährlich.

Kleine Schritte sind für Herrn Oehlmann hier ein großer Erfolg.

Frau Höchst beklagt massive Schwierigkeiten mit der Technik; sie habe teilweise nichts verstanden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Maßnahmenpaket soll weiterverfolgt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Planung zu detaillieren, die Kosten zu ermitteln, weitere Fördermöglichkeiten zu eruieren und einen Gestattungsvertrag mit der Bahn vorzubereiten.

**Gegenstand: Offenlage der ersten Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, Kapitel 1.4 „Wohnbauflächen“ und Kapitel 1.5 „Gewerbliche Bauflächen“
hier: Stellungnahme der Stadt Speyer im Anhörungsverfahren gemäß § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz
[Vorlage: 0746/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf umfangreiche Vorlagen und die Diskussion im Ausschuss. Sie betont, dass es sich um Optionen handelt, die nicht alle gezogen werden müssen. Im Herbst werde man sich nochmals zu den östlichen Flächen im Pionierquartier positionieren.

Die BGS ist laut Herrn Ableiter kategorisch dagegen, dass man über die letzten Felder von Speyer herfällt. Er begrüßt den sich verstärkenden Widerstand in Otterstadt. Die Landesgartenschau sei lediglich der Versuch, der Sache einen grünen Anstrich zu geben.

Seitens der FDP besteht durch Herrn Oehlmann grundsätzliche Unterstützung der Vorgehensweise. Man habe allerdings noch zwei Fragen zu den Stellungnahmen der Verwaltung, betreffend einen möglichen Anschluss- und Benutzungszwang für die „Kalte Nahwärme“ und zu Solar allgemein, da keine Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Flächen gemacht werde. Es stellt sich die Frage, wie detailliert das für den Regionalplan formuliert sein muss. Frau Trojan (Stadtplanung) erläutert, dabei handelt es sich um Anmerkungen der Stadtwerke ohne Regelungsinhalt, die als redaktionelle Anmerkungen zu verstehen sind.

Herr Jaberg erklärt, Bündnis 90/Die Grünen hätten sich im Ausschuss enthalten und werden das auch heute tun. Mit dieser Enthaltung will man deutlich machen, wie wichtig die wertvollen landwirtschaftlichen Flächen sind.

Herr Ableiter zitiert die vom NABU geforderte Verbindung der Grünzüge vom Pfälzer Wald über den Speyerer Wald bis hin zum Auwald am Rhein. Dieses Vorhaben werde mit dieser Vorlage endgültig unterbrochen.

Herr Dr. Wilke unterstützt für die CDU die Vorlage. Sie biete Entwicklungsoptionen für die nächsten 20-30 Jahre. Es bedürfe vorher noch vieler Schritte, bis tatsächlich etwas gebaut werde. Aus seiner Sicht kann man nicht ein Wohnbaukonzept bzw. ein Bündnis für bezahlbares Wohnen fordern und gleichzeitig jede Art der Neuansiedlung verhindern.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Speyer stimmt dem vorgelegten Entwurf zur 1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans mehrheitlich zu (bei 4 Gegenstimmen: AfD, BGS, WGS und 12 Enthaltungen (B90/Grüne, Hinderberger F. und M. – SPD, RM Kübitz)).

Gegenstand: Industriebauhof Speyer
hier: Beschluss über die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes für den Industriebauhof und angrenzende Flächen
[Vorlage: 0747/2021](#); [Vorlage: 0747/2021/1](#)

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Trojan (Stadtplanung) steht für Erläuterungen, auch der Tischvorlage, zur Verfügung.

Herr Ableiter freut sich, dass zumindest eine Hälfte des I-Hofes für Gewerbe zur Verfügung bleibt, lehnt die Maßnahme insgesamt aber ab.

Die FDP kann laut Herrn Oehlmann weitestgehend mitgehen, möchte aber wissen, warum nur 4 Fraktionen zugelassen werden sollen. Dies wurde laut Verwaltung in der ergänzenden Vorlage geändert in alle Ratsgruppierungen mit Fraktionsstatus. Frau Trojan bittet in diesem Zusammenhang um eine möglichst zeitnahe Benennung der Vertreterinnen und Vertreter.

Frau Dr. Mang-Schäfer hat gehört, es gebe eigene Vorstellungen des Eigentümers und bittet um deren Übersendung an die Fraktionen, soweit vorhanden. Gleiches gelte für das Wettbewerbs-Briefing. Die Unterlagen zum Briefing gehen laut Frau Trojan in jedem Fall an die Fraktionen. Anderslautende Pläne des Eigentümers sind nicht bekannt; sie betont, dass dieser viel Geld für das vorgeschlagene Verfahren aufwendet.

Herr Dr. Wilke spricht von einem Leuchtturmprojekt in Speyer und begrüßt, dass auch ein Vertreter der im I-Hof ansässigen Handwerkerschaft vorgesehen ist. Der Vorschlag sei ein guter Kompromiss. Man mute dem Investor viel zu, auch in finanzieller Hinsicht. Die CDU ist gespannt auf die Wettbewerbsbeiträge.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: BGS und 2 Enthaltungen: AfD):

- Der Stadtrat stimmt dem kooperativen Wettbewerbsverfahren zu.
- Die Verwaltung wird beauftragt die Wettbewerbsauslobung mit den Auslobenden abzustimmen und in der nächsten Sitzung dem Stadtrat vorzulegen.

Gegenstand: Überprüfung einer Novellierung der Altstadtsatzung Speyer von 1975
Vorlage: 0768/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Laut Vorsitzender handelt es sich um eine Information über die weitere Planung.

Als Stadt mit (hoffentlich bald) 2 Weltkulturerbestätten wird man sich mit der Thematik befassen müssen und diese sicherlich nicht bis zum Herbst abschließen können. Man sollte sich ausreichend Zeit nehmen, immerhin ist die bisherige Satzung auch schon seit 1975 in Kraft. Denkmalschutz und die Bezahlbarkeit von Wohnraum können hier in Konkurrenz zueinander geraten. Die Vorlage enthält diverse Vorschläge, z.B. Altstadtspaziergänge.

Herr Ableiter fordert, für alle nicht denkmalgeschützten Gebäude Solaranlagen zuzulassen und Wärmedämmung bei Gebäuden ohne Natursteinfassaden. Ansonsten bezeichnet er seine Position als sehr, sehr konservativ und möchte eher nichts erleichtern.

Frau Dr. Mang-Schäfer begrüßt für die SWG, die 2009 einen entsprechenden Antrag eingebracht und immer wieder nachgefragt hat, das vorgeschlagene Verfahren. Steter Tropfen höhle eben doch den Stein.

Die Linke bietet laut Herrn Lehr solche Spaziergänge schon länger an. Er gibt zu bedenken, dass sich nicht Jeder in der Altstadt eine Solaranlage leisten können, es sei denn Neueigentümer nach einer Gentrifizierung.

**Gegenstand: Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie;
Lärmaktionsplanung Straße 3. Runde**
[Vorlage: 0720/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Laut Herrn Czerny steht die 3. Stufe einer Planung zur Entscheidung an, die nicht in jedem Fall nachvollziehbar sei. Bisher wurde in der 1. und 2. Stufe zu wenig gemacht für die Speyerer Bürger*innen. Bei der Umsetzung von Maßnahmen hapere es. So zum Beispiel bei den Lärmimmissionen in Speyer-Nord entlang der Autobahn, deren 6spuriger Ausbau ansteht, durch den der Lärm sicher nicht weniger wird. Ein anderes Beispiel sei die Bahnhofstraße. Er wünscht als Erläuterung zur Vorlage, ob es zu einer Übernahme der Maßnahmen durch das Land kommt.

Die Vorsitzende erläutert, die Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung erfolgt künftig durch das Landesamt für Umwelt, die Maßnahmenumsetzung weiterhin durch die Kommunen. Spannend sei, dass Maßnahmen auf Landesstraßen bisher immer durch Landesbetrieb Mobilität verhindert wurden. Lärminderungsmaßnahmen wurden immer nur nach Übernahme der Straße mit allen Folgekosten in Aussicht gestellt. Künftig stehen sich zwei Landesbehörden konkurrierend gegenüber.

Herr Ableiter wendet sich wegen der immensen Kosten entschieden dagegen, Landesstraßen (zumeist Hauptverkehrsstrecken) zu übernehmen, auch wenn sie vorher nochmals saniert werden sollten. Stadtlärm ist zum großen Teil Autolärm. Ziel muss ein Umstieg vom Verbrennungsmotor auf leise Antriebe sein.

Herr Czerny ergänzt, in Speyer seien 10.000 Leute von verkehrsgefährdendem Lärm betroffen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit verabschiedet der Stadtrat mehrheitlich die Lärmaktionsplanung Straße, 3. Runde (bei 1 Gegenstimme: Haupt – AfD und 2 Enthaltungen: F. Hinderberger – SPD, WGS).

Gegenstand: Information zum Stand der Machbarkeitsstudie zur Bewerbung um die Landesgartenschau 2026 – bisheriger Beteiligungsprozess und Entwurf zum Konzept
[Vorlage: 0755/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung zur Bewerbung in Neustadt.

Frau Trojan (Stadtplanung) verweist auf den Internetauftritt und eine sehr gute Bürgerbeteiligung, auch an mehreren Stationen vor Ort. Sie zeigt sich zuversichtlich für das Bewerbungskonzept. Gleichzeitig werden die Ratsmitglieder gebeten, sich bei den Veranstaltungen direkt zu informieren, um Fehlinformationen vorzubauen. Herr Schwendy ergänzt, man habe ausgedehnte Expertenrunden hinter sich. Ein sehr behutsamer Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen ist vorgesehen, ebenso eine Öffnung der ehemaligen Kaserne in eine Parkanlage sowie ein Konzept für die Klipfelsau mit einer Umnutzung des Rheinstadions. Er hebt auch die Einbindung des Naturfreundehauses durch ein begrüntes Parkdeck hervor.

Gartenschauen sind laut Herrn Ableiter Leistungsschauen der Gartenbaubetriebe, zur nachhaltigen Entwicklung bracher Flächen. Dies ist in Speyer nicht erkennbar und macht schon gar keinen Sinn auf den Domwiesen und dem Festplatz. Dieser ist schon an den Wochenenden total voll. Deshalb sei es nicht tragbar, noch mehr Leute in die Stadt zu locken, von denen die Hälfte mit dem Auto kommt und Parkraum sucht. Der Abriss der Kasernenhallen und die spätere Neubebauung seien nachhaltig vollkommen unsinnig. Das Konzept verdeutlicht, dass Speyer gar nicht mehr die notwendigen Flächen dafür hat. Es sei ein teurer grüner Anstrich für die Überfälle auf die Felder im Norden. Er werde sich notfalls auch bürgerschaftlich dagegen organisieren.

Die Vorsitzende rät, er dürfe gerne an den Öffentlichkeitsveranstaltungen teilnehmen und sich ein Bild machen, dann reiche auch seine Redezeit im Stadtrat.

Ziele der LAGA sind laut Herrn Brandenburger die Entwicklung der Konversionsfläche Nord und des bisher eher unattraktiven Rheinufers, es gehe also um ein erstklassiges Stadtentwicklungskonzept. Stadtrat, Ausschüsse und Bürgerbeteiligung sollten sich dafür einsetzen.

Aus Sicht von Herrn Stickl kann die LAGA ein konstruktiver Impuls für eine Stadtentwicklung sein und ist längst keine Gärtner- und Blümchenschau mehr. Diesen Eindruck hat er bei einem Besuch in Überlingen (LAGA Baden-Württemberg) mit Seminaren und Ausstellungsflächen mitgenommen. Wichtig ist für ihn jedoch ein nachhaltiger Bau der Einrichtungen – ohne deren Rückbau. Flächen wie der BW-Wasserübungsplatz könnten als P+R Parkplatz genutzt werden.

Herr Popescu spricht sich seitens der Linken grundsätzlich für eine Bewerbung aus, möchte aber keinesfalls einen eingezäunten Domgarten als Folge haben.

Aus der Sicht von Herrn Haupt verbieten sich solche Maßnahmen in Zeiten, in denen schon wieder an weiteren Corona-Maßnahmen gedreht wird. Deshalb werde die AfD angesichts der Lage und des zu erwartenden Verkehrskollaps' nicht zustimmen.

Trotz der kritischen Begleitung des Vorhabens durch die SWG begrüßt Frau Dr. Mang-Schäfer die Idee eines begrünten Parkdecks ausdrücklich.

Herr Dr. Wilke erwartet einen harten Wettbewerb mit den anderen Bewerberstädten. Es werden in jedem Fall positive Aspekte bleiben, unabhängig vom Ausgang des Auswahlverfahrens. Eine Interkulturelle Gartenschau mit Einbindung der Landes-Erstaufnahmeeinrichtung wäre ein absolutes Alleinstellungsmerkmal für Speyer. Daher unterstützt die CDU vom Grundsatz her die Bewerbung.

Gegenstand: VII. Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Speyer
Vorlage: 0737/2021

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die empfehlende Beschlussfassung aus dem Werkausschuss.

Herr Rottmann erinnert daran, dass die übersandte Vorlage nicht die vom Werkausschuss beschlossene Fassung wiedergibt und im Ausschuss verändert wurde; die Verwaltung sichert eine Aktualisierung der Online-Fassung zu. Der beste Abfall ist der, welcher gar nicht erst entsteht. Insoweit liegt der Fokus auf Abfallvermeidung. Für entstandene Abfälle wird weitgehende Wiederverwertung angestrebt. Das Abfallwirtschaftskonzept ist ein sperriges Werk, was aber den Vorgaben des Landes geschuldet ist.

Wichtige Aspekte finden sich in den Maßnahmenkatalogen im Abschnitt 8, z.B. Unterstützung bei Wohnungsaufösungen, Bauteilebörse, Recyclingbaustoffe, Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Weiterhin Vermeidung der Vermüllung in der Innenstadt sowie Vermeidung von Verpackungsabfällen bei Beschaffungen. Eine Umstellung auf Glascontainersammlung soll mit Unterflurbehältern realisiert werden. Grüngut/-schnitt soll aus Kostengründen vom Biomüll getrennt gesammelt werden. Dazu kommt die Mülltrennung in öffentlichen Einrichtungen, z.B. in Schulen. Ganz wichtig auch Punkt 8.5: Öffentlichkeitsarbeit samt Erstellung eines Entsorgungsleitfadens. Denkbar wäre auch die Ausschreibung von Wettbewerben für die originellste Müllvermeidung, -verwertung.

Herr Czerny erklärt, die Glassammlung in Containern sollte schon früher umgesetzt werden als in 5 Jahren. Daneben geht es um die Reduzierung von Plastikabfällen über ein zukunftsorientiertes Konzept und Öffentlichkeitsarbeit über einen Flyer.

Frau Münch-Weinmann teilt nochmals mit, dass die Beschlussfassung mit den Änderungen in der Anlage im WA für den Stadtrat empfohlen wurde.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses der Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS) beschließt der Stadtrat einstimmig die VII. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Speyer in der vom Ausschuss geänderten Fassung (Anlage).

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
[Vorlage: 0753/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (05.):	<i>unverändert</i> <i>(Petra Zachmann)</i>	neu: Hannah Heller für: Lukas Lambert

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
[Vorlage: 0754/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerpause

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Haupt- und Stiftungsausschuss im Ferienzeitraum (19.07.2021 bis 27.08.2021) zu ermächtigen, Entscheidungen zu treffen, die an sich dem Stadtrat vorbehalten sind.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 21

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende nutzt diesen Punkt, um allen Kolleginnen in den Dezernaten, allen Ratsmitgliedern, aber auch allen Speyerern und Speyerinnen für den Einsatz in den zurückliegenden, schwierigen Monaten, verbunden mit der Hoffnung, nach der Sommerpause mit allen haupt- und ehrenamtlichen Kräften unter positiven Rahmenbedingungen die Pandemie hinter sich zu lassen.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 22.1

**Gegenstand: Bestellung von Erbbaurechten auf dem städt. Grundstück
Flurstücks-Nr. 4295/258, Verkehrslandeplatz**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 11 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen):

Der Bestellung folgender Erbbaurechte an dem städt. Grundstück, Flurstücks-Nr. 4295/258, Verkehrslandeplatz, wird zugestimmt.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 22.2

Gegenstand: Erwerb von Gewerberäumen im Anwesen Windthorststraße 11

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen: AfD):

Dem Erwerb der Gewerberäume im Erdgeschoss des o. g. Anwesens zu insgesamt ca. 78 qm wird zugestimmt.

Die Räume sollen umgebaut und dem Begegnungszentrum für Familien im Rahmen der Quartiersentwicklung Speyer-Süd zugeschlagen werden. Die Maßnahme wird im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung – Soziale Stadt Speyer-Süd – gefördert, die Förderzusage wurde bereits in Aussicht gestellt.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 23.1

Gegenstand: Vergabeergebnis Linienbündel Schwetzingen-Hockenheim

Nach dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nimmt auch der Stadtrat das Vergabeergebnis zustimmend zur Kenntnis.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 24.1

Gegenstand: Einstellung von Beamt*innen;

Beschluss:

Auf Empfehlung des Personalausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Einstellung.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 25

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, ob es bereits eine koordinierte Spendenaktion für die vom Hochwasser betroffenen Regionen im Norden des Landes gibt.

Die Vorsitzende hat noch keine Informationen darüber, rechnet aber sicherlich im Verlauf der Woche damit.

Frau Hofmann informiert darüber, dass der Radiosender SWR 3 bereits Sachspenden koordiniert.

Herr Wagner, der bereits im Landtag mit der Katastrophe konfrontiert wurde, verweist ebenfalls auf Quellen im Internet.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.07.2021



23. Sitzung des Stadtrates 15.07.2021 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!